

23. September 2017, von: Frank Schoch

## Revierleiter weist Vorwürfe zurück

**Hans-Joachim Meyer, Leiter der Emmendinger Polizei, äußert sich zum Tod eines psychisch Auffälligen im Mai durch einen Polizisten.**



Durch eine Polizeipistole starb ein Mann. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nicht mehr.  
Foto: Symbolfoto: Stratenschulte

EMMENDINGEN. Viereinhalb Monate ist es her, dass ein Polizist einen psychisch kranken Mann in einer Einrichtung des Reha-Vereins erschoss. Viereinhalb Monate, in denen die Emmendinger Polizei, der der Beamte und sein beteiligter Kollege angehören, keine Stellungnahme abgab. Man wollte die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abwarten, die den Beamten keine Schuld am Tod des Patienten gab. "Es wird Zeit, etwas zu sagen", so Revierleiter Hans-Joachim Meyer. Norbert Klein-Alstedde vom Reha-Verein kritisiert erneut Staatsanwaltschaft und Polizei.

### **Monatelanges Schweigen**

Hans-Joachim Meyer will reden. Nachdem er – offenbar in Absprache mit dem Freiburger Polizeipräsidenten und seinen Mitarbeitern – monatelang geschwiegen hat, sagt er: "Wir sind froh über die umfangreiche Aufarbeitung der Staatsanwaltschaft." Die Ermittlungen, die den Einsatz mit Hilfe kriminaltechnischer Methoden und unter Anhörung von Zeugenrekonstruierten, und das Ergebnis, das die beiden Beamten freispricht, habe eine hohe Bedeutung, sieht sich die Emmendinger Polizei allein in mehreren Hundert Fällen im Jahr psychisch Auffälligen gegenüber. Auch die Staatsanwaltschaft hätte offenbar die Notwendigkeit gesehen, die Öffentlichkeit aufzuklären.

Es habe starker Druck auf den Beamten gelastet. "Die Tragik rund um den Verstorbenen ist größer", so Meyer. "Aber man darf auch die Polizisten nicht vergessen. Sie werden das ihr

ganzes Leben nicht mehr los." Über mehrere Wochen seien die Beamten krankgeschrieben und in psychologischer Behandlung gewesen. Seit einiger Zeit seien die beiden, die sich laut Meyer im Einsatz hoch professionell verhalten hätten, wieder im Dienst.

### **"Unglaubliche Vorwürfe"**

"Im Mai wurden uns unglaubliche Vorwürfe gemacht, gerade von Norbert Klein-Alstedde", so Meyer. Die Polizei hätte nicht in Nothilfe gehandelt und die Lage im Wohnheim eskalieren lassen, hieß es in einer Pressekonferenz im Mai. Eine Aussprache zwischen Meyer und Klein-Alstedde sei misslungen. In zwei Telefonaten habe sich Meyer hingegen der Eindruck aufgedrängt, dass der Reha-Verein-Geschäftsführer psychisch nicht stabil sei. Und als Klein-Alstedde in einer anderen Sache von Beamten aufgesucht wurde, habe dieser gefragt, ob sie auch ihn erschießen wollten. "Er sagte, dass sich seine Patienten aus Angst vor der Polizei im Wald versteckten", so Meyer.

Bis die Staatsanwaltschaft das Ergebnis ihrer Ermittlungen am 8. September der Öffentlichkeit mitteilte, hatte sich eine Diskussion um die Frage entwickelt, ob die Beamten verhältnismäßig reagiert haben. "Die Beamten müssen von einer Notsituation ausgehen, wenn ein professioneller Pflegedienst nicht mit einem psychisch Kranken klarkommt, der ein Messer bei sich trägt", sagt Meyer. Darüber hinaus spiele eine mögliche Krankheit nicht die entscheidende Rolle, wenn ein Messer im Spiel ist. Mit Blick auf den betreuenden Verein stelle sich für ihn auch die Frage, wieso ein psychisch Kranker, der schon mehrfach auffällig geworden war, Zugang zu 30 Zentimeter langen Küchenmessern hat. "Es ist nicht unsere Aufgabe, psychisch Auffällige in professionellen Einrichtungen zu betreuen. Eine Deeskalation hätte durch das Fachpersonal erfolgen müssen. Die Polizisten können nicht gleichzeitig professionelle Pfleger sein", sagt Meyer.

### **Ausbildung der Polizisten**

Dennoch blieb die Frage im Raum, ob die Beamten – der 29-jährige Schütze war noch in der Ausbildung, sein begleitender Praxisausbilder 35 Jahre alt – ausreichend auf den Einsatz vorbereitet waren. "Unsere Beamten sind gut vorbereitet und durch häufigen Kontakt mit psychisch Auffälligen auch in dem Umgang mit diesen Personen erfahren", sagt Meyer. Allein 2017 zählte die Polizei mehr als 500 Einsätze im Zusammenhang mit dem Zentrum für Psychiatrie.

Gleichwohl räumt er ein, dass die Ausbildung keinen Schwerpunkt für Einsätze mit psychisch Auffälligen setzt. Bei der großen Anzahl an verschiedenen Aufgaben und der zahlreichen unterschiedlichen psychischen Erkrankungen sei das gar nicht möglich. "Polizisten sind Generalisten", sagt Meyer. Die Schulungen in den Bereichen Deeskalation, Gesprächsführung, Körpersprache seien gut und ausreichend und in verschiedenen Einsätzen anwendbar.

### **Kritik an der Polizei**

Norbert Klein-Alstedde vom Reha-Verein beurteilt die Entscheidung der Staatsanwaltschaft folgendermaßen: "Es ist auffallend, dass der ermittelnde Staatsanwalt bereits wenige Tage nach den Ereignissen den Standpunkt vertrat, dass eine Notwehrsituation vorgelegen habe. Noch bevor Zeugenaussagen vorlagen." Die Staatsanwaltschaft nehme aus seiner Sicht nur die Informationen ernst, die die Notwehrsituation der Polizisten unterstützen. Dass sich ein psychisch Kranker bedroht gefühlt habe, sei nicht ernst genommen worden.

"Als die Polizei in die Küche eingedrungen ist, lag keine Bedrohungssituation vor. Diese ergab sich erst durch das Eindringen mit gezogener Schusswaffe und die Schreie", sagt Klein-Alstedde. "Von Anfang an hatte es genügend Handlungsalternativen gegeben, die die

Polizisten nicht wahrgenommen haben. Sie hätten die Waffe nicht ziehen müssen, nach einer Bedrohungslage fragen können, nicht in die Küche eindringen müssen und diese auch wieder verlassen können, bevor es zu den Schüssen kam."

### **Klares Urteil des Staatsanwalts**

Trotz der Kritik an den Polizisten und der rechtlich bindenden Beurteilung der Staatsanwaltschaft, die die Beamten von der Schuld am Tod des Patienten freispricht, wird der Reha-Verein keine Beschwerde einlegen. Die Verteidigung des Hinterbliebenen hatte dies angekündigt. "Diese Rechtsmittel stehen den Beteiligten zu. Davor ist mir nicht bange", sagte Meyer. Sollte Beschwerde eingehen, würde das Verfahren bei der Generalstaatsanwaltschaft in Karlsruhe untersucht, sagte der Freiburger Oberstaatsanwalt Michael Mächtel. Eine Entscheidung würde in einigen Wochen erwartet werden können.

Nicht auszuschließen, dass es dann erneut Redebedarf gibt.